DISCUSSION PAPER

Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe

INTERREGIONALE DISPARITÄTEN UND ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME ALS REGIONALPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN

SABINE BAUM, PETER WEINGARTEN

DISCUSSION PAPER NO. 61
2004

Theodor-Lieser-Straße 2, 06120 Halle (Saale), Deutschland
Telefon: +49-345-2928 110
Fax: +49-345-2928 199
E-mail: iamo@iamo.de
Internet: http://www.iamo.de

Dipl.-Geogr. Sabine Baum ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Abteilung Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf dem Gebiet der Entwicklung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa.

Dr. Peter Weingarten ist amtierender Leiter der Abteilung Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse am IAMO. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der Agrarpolitikanalyse und der Agrarumweltpolitik.

Adresse: Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)
Theodor-Lieser-Straße 2
06120 Halle (Saale)
Deutschland

Telefon: +49-345-2928 128
Fax: +49-345-2928 199
E-mail: baum@iamo.de
Internet: http://www.iamo.de

Telefon: +49-345-2928 130
Fax: +49-345-2928 199
E-mail: weingarten@iamo.de
Internet: http://www.iamo.de

Die *Discussion Papers* stellen vorläufige, nur eingeschränkt begutachtete Berichte über Arbeiten des Institutes für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) dar. Die in den *Discussion Papers* geäußerten Meinungen spiegeln nicht notwendigerweise die des IAMO wider. Kommentare sind erwünscht und sollten direkt an den/die Autor/in gerichtet werden.

Die Reihe *Discussion Paper* wird herausgegeben von:

Prof. Dr. Alfons Balmann (IAMO)
PD Dr. Heinrich Hockmann (IAMO)
Dr. Peter Weingarten (IAMO)

ISSN 1438-2172

ZUSAMMENFASSUNG

Seit Beginn der Transformation haben in den Ländern Mittel- und Osteuropas (MOEL) die interregionalen Disparitäten zugenommen. Insbesondere die Stadt-Land-Gegensätze haben sich verstärkt. Dieser Beitrag zeigt die Entwicklung der Disparitäten auf und diskutiert auf der Basis theoretischer Überlegungen und politischer Ziele die Notwendigkeit und Ausgestaltung regionalpolitischer Maßnahmen. Bei der ländlichen Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten kommt den Bereichen Institutionenaufbau, Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors, außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen und Arbeitsmobilität eine große Bedeutung zu. Diese Maßnahmen sollten den spezifischen Charakteristika der jeweiligen Gebiete angepasst sein. Die regionalpolitischen Bemühungen in diesen Ländern sind seit Ende der 1990er Jahre stark von der Vorbereitung auf den EU-Beitritt geprägt. Das SAPARD-Programm hat die institutionellen Mechanismen und den Kapazitätenaufbau gestärkt. Dennoch bleibt dieser Bereich eine wichtige Herausforderung.

JEL: P25, R58, O18

Schlüsselwörter: Regionale Disparitäten, ländlicher Raum, Regionalpolitik, Strukturpolitik, Mittel- und Osteuropa, EU-Osterweiterung, Regionstypen

ABSTRACT

INTERREGIONAL DISPARITIES AND RURAL DEVELOPMENT AS CHALLENGES FOR REGIONAL POLICY IN THE NEW EU MEMBER STATES

Since the beginning of transition, interregional disparities in the Central and Eastern European Countries (CEECs) have increased. Particularly, the differences between urban and rural areas have grown. This paper shows the development of these disparities and discusses, based on theoretical considerations and political objectives, the need for and the design of regional policy measures. For rural development in the new EU Member States, institution building, competitiveness of the agri-food sector, non-farm income sources and labour mobility are crucial. These measures should be adapted to the specific characteristics of the respective areas. Since the end of the 1990's, the efforts of regional policy in the CEECs have been highly influenced by the preparation for EU-accession. The SAPARD programme has strengthened institutional mechanisms and capacity building. Nevertheless, there remain important challenges in this field.

JEL: P25, R58, O18

Keywords: Regional disparities, rural area, regional policy, structural policy, Central and Eastern Europe, EU Eastern Enlargement, regional types

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung **3**

Abstract **3**

Verzeichnis der Abbildungen 6

Verzeichnis der Tabellen 6

Verzeichnis der Karten 6

Verzeichnis der Abkürzungen 6

1 Einleitung **7**

2 Ausprägung interregionaler Disparitäten in den MOEL **7**

2.1 Interregionale Einkommensunterschiede 7

2.2 Stadt-Land-Gegensätze 12

3 Theoretische Begründungen für die Ausprägung interregionaler Disparitäten und die Notwendigkeit von Regionalpolitik **15**

4 Regionalpolitische Maßnahmen zur Reduzierung interregionaler Disparitäten und zur Entwicklung insbesondere ländlicher Räume in der Praxis **18**

4.1 Schwerpunktbereiche für regionalpolitische Maßnahmen in den MOEL 18

4.2 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen im Zuge des EU-Beitritts 20

5 Schlussbemerkungen **22**

Literaturverzeichnis **22**

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abbildung 1: Disparitäten im BIP pro Kopf (KKS) zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL 10

Abbildung 2: Aufteilung der genehmigten Finanzmittel im Jahr 2002 auf die einzelnen SAPARD-Maßnahmen in ausgewählten Ländern (in %) 21

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1: Disparitäten im BIP pro Kopf (KKS) zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL, 1995 und 2000..... 9

Tabelle 2: Merkmale der fünf Cluster und aller NUTS-3-Regionen in den MOEL 11

Tabelle 3: Durchschnittliches BIP pro Kopf auf nationaler Ebene und im ländlichen Raum..... 13

Tabelle 4: Durchschnittliche Arbeitslosenrate auf nationaler Ebene und im ländlichen Raum..... 14

Tabelle 5: Entwicklung der Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Räumen während der letzten fünf Jahre 14

VERZEICHNIS DER KARTEN

Karte 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftstandards) im Jahr 2000 und Veränderung 1995 bis 2000 relativ zur EU-15 9

Karte 2: Cluster der NUTS-3-Regionen in den MOEL-10 (SLO: NUTS-0) 12

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BWS	Bruttowertschöpfung
CEECs	Central and Eastern European Countries
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EU	Europäische Union
EW	Einwohner
ILO	International Labour Organization
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
KKS	Kaufkraftstandards
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder, hier: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien
NUTS	Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik der Europäischen Union)
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development

1 EINLEITUNG[1]

Am 1. Mai 2004 treten – neben Malta und Zypern – acht mittel- und osteuropäische Staaten der Europäischen Union bei. 2007 werden wahrscheinlich Bulgarien und Rumänien folgen. Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten werden die Disparitäten innerhalb der EU deutlich zunehmen und das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in KKS) auf 91,1 % des EU-15-Niveaus sinken, wenn man die Werte für 2001 zugrunde legt (KOM, 2004a). Gemäß Artikel 158 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ist es das Ziel der EU, mit Hilfe regional- und strukturpolitischer Maßnahmen die Disparitäten zwischen Regionen zu verringern und zurückgebliebene Gebiete zu entwickeln:

"Die Gemeinschaft entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern. Die Gemeinschaft setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete oder Inseln, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern" (EUROPÄISCHE UNION 2002).

Damit steht die Europäische Union nicht nur vor der Herausforderung, die mit der Erweiterung stark anwachsenden regionalen Disparitäten in der gesamten EU zu mindern, sondern auch die Entwicklungsunterschiede innerhalb der neuen Mitgliedstaaten abzubauen. Als Problemgebiete erweisen sich in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL)[2] neben Altindustriegebieten vor allem die ländlichen Räume. Diese haben in der Vergangenheit häufig zu wenig Aufmerksamkeit erfahren. Regionalpolitische Maßnahmen und lokale Institutionen spielten während der sozialistischen Zeit nur eine unbedeutende Rolle. Seit 1990 haben insbesondere die großen Städte vom Transformationsprozess profitiert, und die Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Gebieten sind gewachsen. Welche zunehmende Bedeutung die Zukunft des ländlichen Raums für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa besitzt, wurde nicht zuletzt im November 2003 auf der zweiten Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung in Salzburg hervorgehoben (KOM, 2003b).

Das Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, das Ausmaß der interregionalen Disparitäten und insbesondere der Stadt-Land-Gegensätze in den mittel- und osteuropäischen Ländern aufzuzeigen (Kap. 2) und zu diskutieren, ob regionalpolitische Maßnahmen notwendig sind (Kap. 3) und wenn ja, wie diese ausgestaltet werden sollten (Kap. 4). Der Schwerpunkt liegt dabei vor allem auf den ländlichen Räumen.

2 AUSPRÄGUNG INTERREGIONALER DISPARITÄTEN IN DEN MOEL

2.1 Interregionale Einkommensunterschiede

Während der sozialistischen Zeit stellte eine relativ einheitliche Einkommensverteilung ein wichtiges politisches Ziel dar. In den zentralgelenkten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen Mittel- und Osteuropas waren interpersonale und -regionale Einkommensunterschiede daher viel schwächer ausgeprägt als in den stärker am Leistungsprinzip orientierten marktwirtschaftlichen Ländern Westeuropas. Es ist daher nicht verwunderlich, dass seit dem Be-

---

[1] Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen des von der Europäischen Kommission geförderten "Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries" (NETWORK 2004). Er spiegelt die Meinung der Autoren und nicht notwendigerweise diejenige der Kommission wider.

[2] Im Folgenden wird die Abkürzung "MOEL" für die zehn mittel- und osteuropäischen Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien verwendet. Der Begriff "neue EU-Mitgliedstaaten" umfasst die im Mai 2004 beitretenden Staaten, d.h. die MOEL ohne Bulgarien und Rumänien, zuzüglich Malta und Zypern.

ginn der Transformation zu einem marktwirtschaftlichen System die Einkommensunterschiede in den MOEL zugenommen haben. Damit einhergehend wurde vor allem in Lettland, Bulgarien und Rumänien für große Teile der (insbesondere ländlichen) Bevölkerung Armut zu einem Problem (NETWORK, 2004).

Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den NUTS-3-Regionen[3] der MOEL im Jahr 2000 (in Kaufkraftstandards in % des EU-15-Durchschnitts), so lassen sich beträchtliche regionale Unterschiede feststellen (siehe linke Seite der Karte 1). Das höchste BIP pro Kopf erreichen die Hauptstädte, große polnische Städte und Regionen in Slowenien, der Tschechischen Republik, Nordwest-Ungarn und der West-Slowakei (>50 % des EU-15-Durchschnitts; nur Prag und Warschau über dem EU-Mittelwert). Dagegen beträgt in Rumänien, Bulgarien, Lettland, Teilen von Litauen, Estland, Polen und in der Nordost-Slowakei das BIP pro Kopf weniger als 30 % des EU-Durchschnitts. Obwohl das BIP in allen MOEL in den letzten fünf Jahren gestiegen ist, hat sich der relative Abstand zur EU-15 zwischen 1995 und 2000 nur in 85 der insgesamt 188 Regionen verringert (bspw. in Polen, Nordwest-Ungarn, Estland, Teilen Litauens und den meisten Stadtregionen), während er in den anderen 103 NUTS-3-Regionen zugenommen hat (z.B. in Rumänien, Bulgarien und der Tschechischen Republik; siehe rechte Seite der Karte 1).

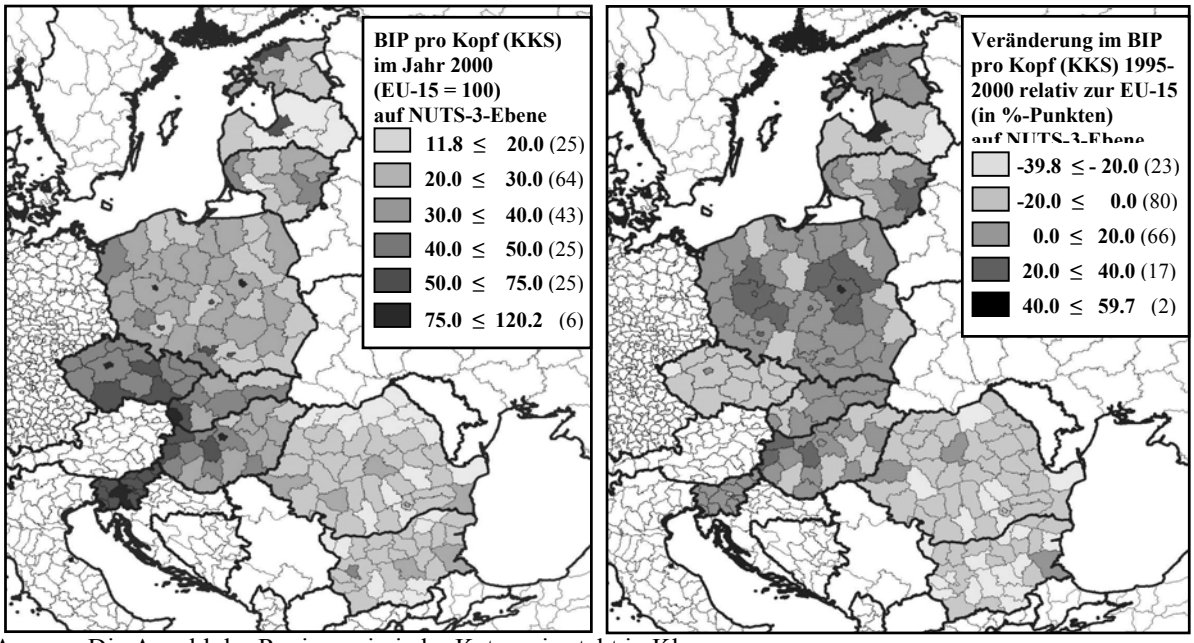
Darüber hinaus haben sich zwischen 1995 und 2000 die Disparitäten im BIP pro Kopf innerhalb der meisten Länder erhöht. Das Verhältnis zwischen der jeweils ärmsten Region (in allen Fällen ländlich geprägte Räume) zu der jeweils wohlhabendsten Region des Landes (in allen Fällen die Hauptstadt) ist von durchschnittlich 1 : 2,6 im Jahr 1995 auf 1 : 3,1 im Jahr 2000 gewachsen und hat sich damit dem EU-Durchschnitt von 1 : 3,3 angenähert (siehe Tabelle 1)[4]. Dabei waren die Disparitäten im Jahr 2000 in Polen (1 : 5,4) am höchsten, gefolgt von Lettland (1 : 4,3), Ungarn (1 : 3,5) und der Slowakei (1 : 3,1), wohingegen Slowenien eine eher homogene Einkommensstruktur aufwies (1 : 1,7). Legt man dagegen den Variationskoeffizienten als Kriterium für regionale Disparitäten zugrunde, dann ändert sich die Reihenfolge zu: Lettland (0,51), Polen (0,45) und Slowakei (0,41). Mit diesem Maß sind die regionalen Unterschiede der MOEL (0,46) sogar stärker als in der EU-15 (0,36). In sechs der MOEL stiegen die Disparitäten zwischen 1995 und 2000 klar an, während sie in den übrigen Ländern mehr oder weniger konstant blieben (Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowenien).

---

[3] NUTS = Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques/Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik der Europäischen Union: NUTS-0 und NUTS-1 = in den MOEL jeweils das ganze Land. NUTS-2 = in den MOEL insgesamt 53 Verwaltungseinheiten mit einer Bevölkerung von jeweils ca. 800,000 bis 3 Mio. Einwohnern (entsprechend den Regierungsbezirken in Deutschland). Im Baltikum und Slowenien auch das ganze Land umfassend. NUTS-3 = in den MOEL insgesamt 188 Gebiete mit einer Bevölkerung von jeweils ca. 150,000 bis 800,000 Einwohnern (entsprechend den Kreisen in Deutschland). NUTS-4 = in den MOEL insgesamt 1 149 administrative Einheiten. NUTS-5 = lokale Gemeinden.

[4] Diese Zahlen tendieren dazu, die regionalen Disparitäten überzubewerten, obwohl das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten ausgedrückt ist. Während diese die Unterschiede in der Kaufkraft *zwischen* Ländern ausgleichen, berücksichtigen sie nicht die regionalen Unterschiede *innerhalb* eines Landes.

Karte 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftstandards) im Jahr 2000 und Veränderung 1995 bis 2000 relativ zur EU-15



Anm.: Die Anzahl der Regionen in jeder Kategorie steht in Klammern.
Quelle: NETWORK (2004), basierend auf EUROSTAT's Newcronos Regiodaten.

Tabelle 1: Disparitäten im BIP pro Kopf (KKS) zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL, 1995 und 2000

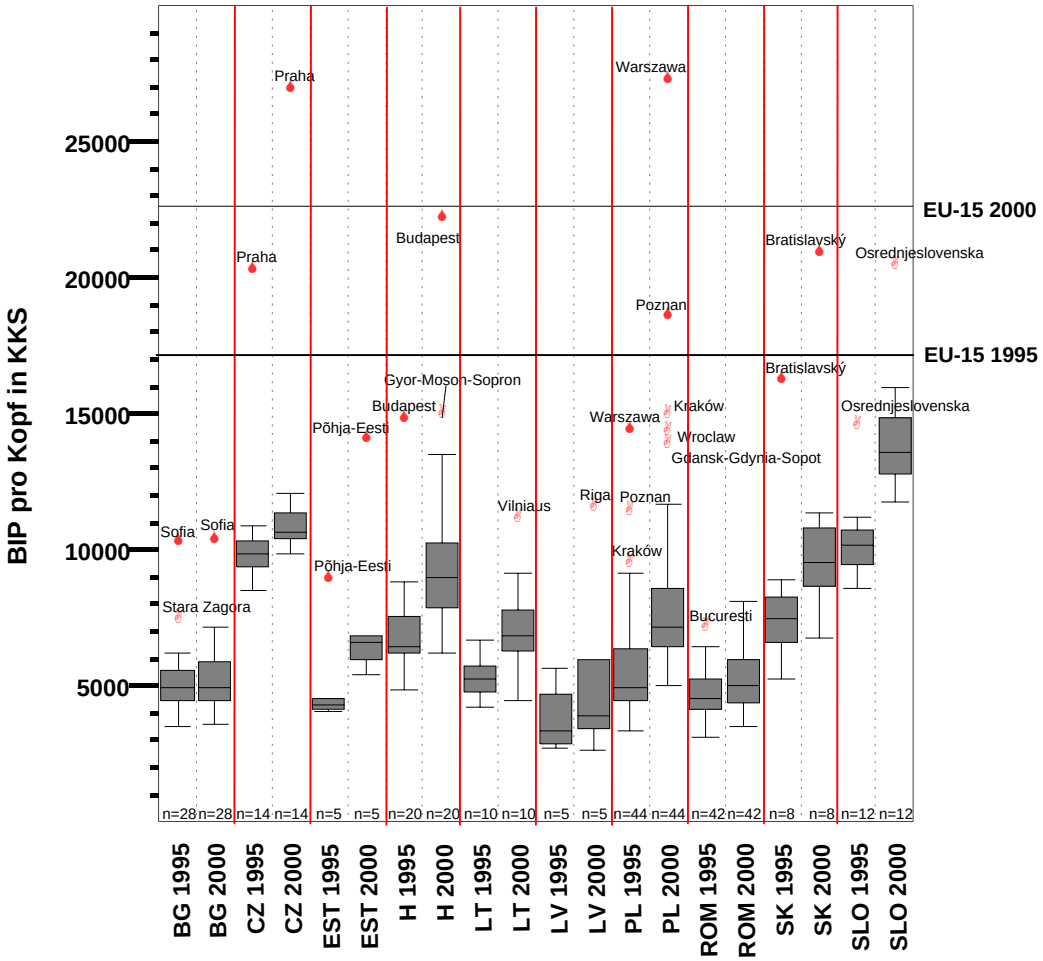
	Minimum des BIP pro Kopf (KKS) 1995 und 2000 und prozentuale Veränderung 1995-2000			Maximum des BIP pro Kopf (KKS) 1995 und 2000 und prozentuale Veränderung 1995-2000			Durchschnitt des BIP pro Kopf (KKS) 1995 und 2000 und prozentuale Veränderung 1995-2000			Verhältnis der ärmsten zur reichsten Region		Variationskoeffizient [1] des regionalen BIP pro Kopf (KKS)		Entwicklung der Disparitäten	Verhältnis der ärmsten zu den reichsten Regionen [2]
	1995	2000	%	1995	2000	%	1995	2000	%	1995	2000	95	00	95-00	2000
Estland	4 073	5 417	33	8 836	14 004	58	5 985	9 147	53	1:2,2	1:2,6	0,34	0,39	↑	1:2,4
Lettland	2 746	2 674	-3	5 613	11 479	105	4 302	6 992	63	1:2,0	1:4,3	0,29	0,51	↑	1:3,5
Litauen	4 215	4 467	6	6 660	11 018	65	5 657	8 078	43	1:1,6	1:2,5	0,13	0,23	↑	1:1,9
Polen	3 382	4 988	47	14 305	27 141	90	6 059	8 951	48	1:4,2	1:5,4	0,36	0,45	↑	-
Tschech. R.	8 528	9 863	16	20 128	26 855	33	10 968	12 621	15	1:2,4	1:2,7	0,23	0,34	↑	1:1,7
Slowakei	5 219	6 737	29	16 152	20 785	29	8 098	10 478	29	1:3,1	1:3,1	0,41	0,41	→	1:2,1
Ungarn	4 818	6 237	29	14 687	22 046	50	8 115	11 426	41	1:3,1	1:3,5	0,25	0,32	↑	1:2,7
Slowenien	8 608	11 735	36	14 447	20 319	41	11 086	15 255	38	1:1,7	1:1,7	0,13	0,15	→↑	1:1,6
Rumänien	3 124	3 489	12	7 014	8 081	15	4 923	5 463	11	1:2,3	1:2,3	0,18	0,21	→↑	1:1,9
Bulgarien	3 542	3 603	2	10 206	10 224	0	5 827	5 991	3	1:2,9	1:2,8	0,22	0,22	↓→	1:2,1
MOEL-10	2 746	2 674	-3	20 128	27 141	35	6 618	8 694	31	1:2,6[3]	1:3,1[3]	0,40	0,46	↑	1:2,4
Schweden [4]	15 804	18 940	20	22 874	33 235	45	18 724	24 090	29	1:1,5	1:1,8	0,08	0,12	↑	
VK [5]	10 185	13 235	30	76 911	100 079	30	17 025	22 678	33	1:7,6	1:7,6	0,37	0,37	→	
EU-15	5 795	7 374	27	76 911	100 079	30	17 655	22 603	28	1:3,3[3]	1:3,3[3]	0,35	0,36	→↑	

Anm.: [1] Variationskoeffizient berechnet mit dem gewichteten Mittel. [2] Die jeweils ärmsten bzw. reichsten NUTS-3-Regionen wurden so zusammengefasst, dass sie jeweils ca. 25 % der Bevölkerung repräsentieren; bei Lettland und Estland 40 % der Bevölkerung, aufgrund des hohen Bevölkerungsanteils in den Hauptstädten. Für Polen keine Bevölkerungsdaten auf NUTS-3-Ebene vorhanden. [3] Ungewichtetes arithmetisches Mittel. [4] Geringste Disparitäten in der EU. [5] Höchste Disparitäten in der EU.
Quelle: WEINGARTEN und BAUM (2003), basierend auf EUROSTAT's Newcronos Regiodaten.

Abbildung 1 veranschaulicht, dass die steigenden Disparitäten nicht durch einen absoluten Rückgang oder eine Stagnation im BIP pro Kopf der ärmeren Regionen verursacht sind (mit Ausnahme Lettlands), sondern durch das rasche Wachstum der Hauptstädte, mit dem die ärmeren Regionen nicht Schritt halten können. Deshalb nehmen die Einkommensunterschiede in den meisten Ländern beträchtlich ab, wenn man die Hauptstadtregionen aus der Betrachtung ausschließt: Das Verhältnis der ärmsten zur wohlhabendsten Region sinkt in der Tschechischen Republik auf 1 : 1,2, in Estland auf 1 : 1,3 und in der Slowakei auf 1 : 1,7 im Jahr 2000. Lediglich in Rumänien und Bulgarien weisen die Hauptstädte keine große wirtschaftliche Dynamik auf, so dass sich das Ausmaß der Disparitäten in den letzten Jahren nicht verändert hat. In Polen bleiben die Disparitäten auch ohne die Hauptstadt hoch, da Polen mehrere bedeutende städtische Zentren besitzt.

Abbildung 1: Disparitäten im BIP pro Kopf (KKS) zwischen NUTS-3-Regionen der MOEL

– dargestellt anhand der Minima (unterste Linie) und Maxima (Kreis bzw. Sternsymbol) des BIP pro Kopf sowie dessen Kernbereich (50% der Regionen des jeweiligen Landes in der Box), 1995 und 2000 –



Anm.: Box: Kernbereich der Werte (50 % der Regionen), d.h. der Datenbereich zwischen dem 1. und 4. Quartil. Linie in der Box = Median. O = Ausreißer, der den oberen Quartilswert der Box um mehr als das 1,5-fache der Boxlänge übersteigt. * = Extremwert, der den oberen Quartilswert der Box um mehr als das 3-fache der Boxlänge übersteigt.

Quelle: WEINGARTEN und BAUM (2003), basierend auf EUROSTAT's Newcronos Regiodaten.

Die herausragende Bedeutung der urbanen Zentren zeigt auch das Ergebnis einer Clusteranalyse, mit der die 177 NUTS-3-Regionen[5] in den MOEL auf der Basis von sieben demographischen und sozio-ökonomischen Kriterien[6] gruppiert wurden (ausführlich in BAUM et al., 2003, oder in NETWORK, 2004; näheres zur Clusteranalyse allgemein z.B. bei BACKHAUS et al., 2000; ECKEY et al., 2002). Die hierarchische Clusterung mit dem Ward-Verfahren identifizierte fünf Raumtypen (Cluster), denen die einzelnen mittel- und osteuropäischen Regionen zugeordnet werden können (siehe Tabelle 2 und Karte 2). Alle großen Städte sind im Cluster E zusammengefasst, der im Durchschnitt das höchste BIP pro Kopf aufweist. Das zweithöchste BIP pro Kopf besitzt im Mittel der Cluster D, der sowohl ländliche als auch insbesondere städtisch-industrialisierte Gebiete mit einschließt. Die übrigen drei Raumtypen umfassen weithin ländliche Regionen mit jeweils unterschiedlichen Charakteristika (Cluster A, B und C). Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass trotz vieler häufig gemeinsamer Problembereiche nicht von *dem* ländlichen Raum gesprochen werden kann und Pauschalurteile wie eine Überalterung der ländlichen Bevölkerung nicht zutreffen. Dennoch bestätigt auch die Clusteranalyse die großen wirtschaftlichen Unterschiede, die in Mittel- und Osteuropa zwischen urbanen Räumen auf der einen Seite und ländlich geprägten Gebieten auf der anderen Seite herrschen.

Tabelle 2: Merkmale der fünf Cluster und aller NUTS-3-Regionen in den MOEL

Cluster (Anzahl d. Regionen) mit Eigenschaften		In der Clusteranalyse verwendet							Zusätzlich [5]	
		Bevölkerungsdichte [EW/km²]	Rohe Geburtenrate [7]	Rohe Sterberate [7]	BIP pro Kopf [KKS]	Arbeitslosenrate [%]	Anteil der Industrie an der BWS [%]	Anteil d. Landwirtschaft an der BWS [%]	Anteil d. Dienstleistungen an der BWS [%]	Anteil der über 60-jährigen [%]
		2000	2000	2000	2000	2001	1999 [1]	1999 [1]	1999 [1]	2000 [2]
A (17)	Mittelwert [3]	57,2	8,8	16,0	4 739,0	29,0	21,3	25,8	52,9	23,1
	Variationskoeff.	0,29	0,13	0,13	0,16	0,21	0,35	0,40	0,16	0,15
B (57)	Mittelwert [3]	71,9	10,4	12,0	5 390,0	10,0	31,0	22,4	46,5	19,5
	Variationskoeff.	0,45	0,13	0,17	0,27	0,60	0,17	0,44	0,24	0,12
C (41)	Mittelwert [3]	96,7	10,3	9,0	7 378,0	21,0	35,0	7,1	57,9	16,4
	Variationskoeff.	0,37	0,11	0,11	0,15	0,19	0,13	0,38	0,10	0,10
D (47)	Mittelwert [3]	107,0	9,4	12,0	8 895,0	10,0	45,9	9,2	44,9	18,7
	Variationskoeff.	0,47	0,11	0,17	0,30	0,60	0,10	0,60	0,16	0,13
E (15)	Mittelwert [3]	2162,9	8,0	11,0	15 757,0	9,0	27,5	0,8	71,8	18,1
	Variationskoeff.	0,99	0,09	0,18	0,38	0,56	0,24	1,25	0,09	0,12
Alle (177)	Mittelwert [3]	262,8	9,8	12,0	7 597,0	14,0	34,7	13,8	51,5	18,8
	Variationskoeff.	3,19	0,14	0,17	0,50	0,64	0,27	0,79	0,23	0,15
MOEL-10 [4]		97,0	9,7	11,0	8 694,3	13,1	34,6	6,3	59,1	18,1
EU-15 [4]		118,7	10,7	9,9	22 602,8	7,6	27,7	2,1	70,3	21,8 [6]

Anm.: [1] Ungarn 1998, Rumänien 1997. [2] Ungarn, Lettland 1999, Estland 2001. Für Polen keine Daten auf der NUTS-3-Ebene verfügbar, daher Werte der NUTS-2-Regionen für die jeweiligen NUTS-3-Gebiete verwendet. [3] Ungewichtetes arithmetisches Mittel. [4] Gewichtetes arithmetisches Mittel. [5] Nicht in der Analyse verwendet: Der Dienstleistungsanteil ist indirekt berücksichtigt, da er sich mit den Anteilen von Landwirtschaft und Industrie zu 100 % aufaddiert. Die Daten für den Bevölkerungsanteil der über 60-jährigen waren nicht für alle Regionen vorhanden. [6] Projektion von 1995 (EUROSTAT). [7] Anzahl der Geburten bzw. Sterbefälle eines Jahres auf 1 000 Einwohner.

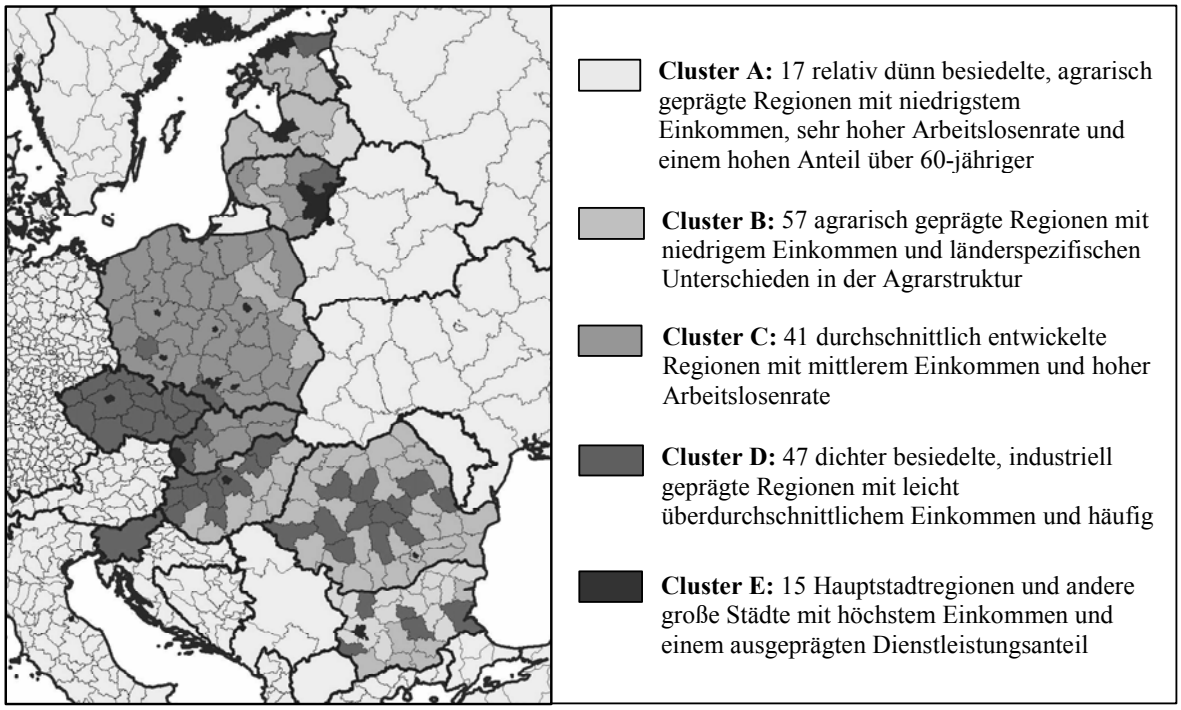
Quelle: BAUM und WEINGARTEN (2003), basierend auf EUROSTAT's Newcronos Regiodaten; KOM (2002).

---

[5] In der Analyse konnte Slowenien nur als ganzes Land berücksichtigt werden, weshalb nur 177 Regionen (statt aller 188 NUTS-3-Regionen) an der Clusterung beteiligt sind.

[6] Bevölkerungsdichte 2000, Geburten- und Sterberate 2000 (als Indikator für die Altersstruktur), Anteil der Landwirtschaft und Industrie an der Bruttowertschöpfung (BWS) 1999 (Rumänien 1997), BIP pro Kopf in KKS 2000, Arbeitslosenrate 2001. Einige weitere wünschenswerte Indikatoren – wie die physische Infrastruktur, die Beschäftigungsstruktur, die Betriebsstruktur in der Landwirtschaft oder die natürlichen Standortbedingungen – konnten wegen mangelnder Datenverfügbarkeit nicht berücksichtigt werden.

Karte 2: Cluster der NUTS-3-Regionen in den MOEL-10 (SLO: NUTS-0)



Quelle: BAUM und WEINGARTEN (2003), basierend auf EUROSTAT's Newcronos Regiodaten.

2.2 Stadt-Land-Gegensätze

Die obige Betrachtung hat bereits deutlich gemacht, dass es sich bei den interregionalen Disparitäten häufig um Stadt-Land-Gegensätze handelt. In den MOEL haben die ländlichen Gemeinden[7] mit einem Bevölkerungsanteil von durchschnittlich 43 % noch eine große Bedeutung. Obwohl der ländliche Raum nicht als homogen angesehen werden kann, so bestehen in vielen dieser Gebiete häufig ähnliche Problembereiche wie eine geringe Bevölkerungsdichte, ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, eine unzureichende Infrastruktur, eine immer noch relativ starke Abhängigkeit von der Landwirtschaft, eine hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Beschäftigungsalternativen und die Abwanderung junger, ausgebildeter Arbeitskräfte (NETWORK, 2004).

Vergleicht man das BIP pro Kopf und die Arbeitslosenquote in ländlichen Räumen mit dem jeweils nationalen Durchschnitt, so wird die ökonomische Rückständigkeit der ländlichen Gebiete bestätigt[8]. In allen mittel- und osteuropäischen Ländern, für die Daten erhältlich waren, liegt das ländliche BIP pro Kopf unter dem nationalen Durchschnitt (siehe Tabelle 3). Die Unterschiede sind in Estland am größten, wo ländliche Räume nur 44 % des nationalen Wertes erreichen. Dagegen sind die Stadt-Land-Gegensätze beim Einkommen in der Slowakei (88 %) und der Tschechischen Republik (85 %) nicht so stark ausgeprägt. Die wirtschaftlich starke Stellung der Städte zeigt sich jedoch häufig auch sehr klar in der Verteilung der Investitionen. In der Slowakei wurden beispielsweise im Jahr 2000 62 % der Gesamtinvestiti-

---

[7] Ländliche Gemeinden sind hier nach dem OECD-Kriterium von 1994 definiert. Danach gelten Gemeinden als ländlich, wenn sie eine Bevölkerungsdichte unter 150 Einwohner/km^2 aufweisen (KOM, 1997, S. 7).

[8] Die Werte für die ländlichen Räume basieren auf Angaben der Länderexperten des "Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries". Das heißt, ihnen liegen die Definitionen der jeweiligen Länder zugrunde, die teilweise auf einem Kriterium der Bevölkerungsdichte beruhen (vgl. vorangegangene Fußnote), teilweise ländliche Räume eher vage als "Restkategorie" außerhalb der Städte festlegen. Weder innerhalb der EU noch der MOEL wird bislang eine einheitliche Definition ländlicher Räume verwendet. Eine ausführlichere Erläuterung der Definitionsproblematik findet sich in NETWORK (2004).

onen in städtischen Gebieten getätigt (das entspricht 6 402 EUR/Einwohner), während auf die am geringsten entwickelten ländliche Räume nur 11 % der Gesamtinvestitionen entfielen (das entspricht 400 EUR/Einwohner) (NETWORK, 2004, S. 81). Ausländische Direktinvestitionen konzentrierten sich in Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik zu ungefähr zwei Dritteln in der jeweiligen Hauptstadtregion. Auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in % des regionalen BIP) zeigten in den MOEL im Jahr 2000 eine Konzentration auf die Hauptstadtregionen (KOM, 2004a, S. 52, 99 und 111).

Tabelle 3: Durchschnittliches BIP pro Kopf auf nationaler Ebene und im ländlichen Raum

	Estland	**Lett-land**	**Litauen**	**Polen**	**Tsch. Rep.**	**Slowa-kei**	**Ungarn**	**Slowe-nien**	**Rumä-nien**	**Bulga-rien**	**MOEL**	**EU**
Jahr	2000	2000	2001	2001	2000	2000	2000	2000	2001	2001	2000	2000
Nationaler Durchschnitt KKS	8 400	6 600	9 017	8 951	12 621	10 478	11 894	16 000	5 463	7 100	8 694	22 603
Ländliche Räume KKS	3 670	n.a.	n.a.	n.a.	10 753	9 172	8 000	12 000	n.a.	n.a.	-	-
in % des nationalen Durchschnitts	44	n.a.	n.a.	n.a.	85	88	67	75	n.a.	n.a.	-	80[1)]

Anm.: [1)] EU-15: BIP in *überwiegend ländlichen Gebieten* (über 50 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte unter 100 Einwohnern/km^2 lebend) in Prozent des nationalen Durchschnitts im Jahr 1994.

Quelle: Länderexperten des "Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries", zitiert in NETWORK (2004). Tschechische Republik (national), Polen und Rumänien: EUROSTAT´s Newcronos Regiodaten. EU-15: KOM (1997).

Bei der Arbeitslosenquote zeigt der Vergleich der ländlichen mit den nationalen Werten ein weniger klares Bild. In sechs Ländern (Litauen, Slowenien, Bulgarien, Ungarn, Estland und der Slowakei) liegt die Arbeitslosenrate in den ländlichen Räumen über dem nationalen Durchschnitt. In Lettland, Polen, der Tschechischen Republik und Rumänien ist jedoch das Gegenteil der Fall (siehe Tabelle 4). Bei einem Vergleich der Arbeitslosenraten zwischen den Ländern ist allerdings zu beachten, dass die Statistiken nicht vollständig harmonisiert sind und die Anreize, sich arbeitslos zu melden, sehr unterschiedlich sein können. Vermutlich gibt es in den meisten MOEL insbesondere in der Landwirtschaft versteckte Arbeitslosigkeit, die in der Statistik nicht erfasst ist. Vor allem in Rumänien, wo vier von zehn Arbeitskräften in der Landwirtschaft arbeiten, hat diese eine wichtige soziale Pufferfunktion. Ähnliches gilt für Bulgarien und Polen.

Tabelle 4: Durchschnittliche Arbeitslosenrate auf nationaler Ebene und im ländlichen Raum

	Estland	Lett-land	Litauen	Polen	Tsch. Rep.	Slowa-kei	Ungarn	Slowe-nien [1)]	Rumä-nien	Bulga-rien	MOEL	EU
Jahr	2000	2001	2001	2001	2000	2001	2001	2001	2001	2001	2001	1994-96
Nationaler Durchschnitt % der Erwerbspersonen	13,7	12,8	12,5	18,2	7,3	18,6	5,7	11,0 (6,4)	6,6	19,5	13,1	10,7[2)]
Ländliche Räume % der ländlichen Erwerbspersonen	15,2	10,4	18,0	16,7	5,8	20,3	6,8	0 (11,0)	2,8	25,3	-	11,4[2)]
in % des nationalen Durchschnitts	111	81	144	92	80	109	119	136 (172)	42	130	-	107[2)]

Anm.: [1)] Daten in Klammern gemäß ILO-Definition. [2)] EU-15: Arbeitslosenrate BIP in *überwiegend ländlichen Gebieten* (über 50 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte unter 100 Einwohnern/km^2 lebend) in Prozent des nationalen Durchschnitts, 1994-1996.

Quelle: Länderexperten des "Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries", zitiert in NETWORK (2004). EU-15: KOM (1997).

Nach Einschätzung der Länderexperten des "Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries" haben die Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Räumen während der letzten fünf Jahre zugenommen (siehe Tabelle 5). Beim BIP pro Kopf sind die Stadt-Land-Gegensätze in allen Ländern – außer in Litauen und der Tschechischen Republik – gestiegen. Die Unterschiede im Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung erhöhten sich in Lettland, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Bei der Arbeitslosenquote vergrößerten sich die Unterschiede zwischen urbanen und ruralen Gebieten in Estland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien, während sie in Lettland und Ungarn abnahmen und in der Tschechischen Republik konstant blieben.

Tabelle 5: Entwicklung der Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Räumen während der letzten fünf Jahre[1)]

	Estland	Lett-land	Litau-en	Polen	Tsch. Rep.	Slowa-kei	Ungarn	Slowe-nien	Rumä-nien	Bulga-rien
BIP pro Kopf	+	++	O	+	O	+	+	+	+	+
Anteil der Bevölkerung in Armut	O	+	O	n.a.	n.a.	+	O	O	+	+
Arbeitslosenrate	+	– –	+	+	O	+	–	+	+	+

Anm.: [1)] ++ stark gestiegen; + gestiegen; O keine Veränderung; – gesunken; – – stark gesunken.

Quelle: Länderexperten des "Network of Independent Agricultural Experts in the CEE Candidate Countries", zitiert in NETWORK (2004).

Insgesamt sind die ländlichen Räume in den MOEL offenbar gegenüber den Städten wirtschaftlich benachteiligt. Woher diese Disparitäten kommen und ob sich hieraus eine Rechtfertigung für Regionalpolitik herleiten lässt, soll im Folgenden kurz diskutiert werden. Regionalpolitik wird hierbei verstanden als staatliches Eingreifen in das Wirtschaftsgeschehen zugunsten bestimmter Regionen mit dem Ziel, regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verringern und damit zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse beizutragen. Dagegen bezieht sich Sektoralpolitik bzw. sektorale Strukturpolitik (nach AXT, 2000, S. 19) auf einzelne Industrien oder Branchen und zielt darauf ab, deren Entwicklung und Anpassung an globale Wettbewerbsbedingungen zu fördern.

3 THEORETISCHE BEGRÜNDUNGEN FÜR DIE AUSPRÄGUNG INTERREGIONALER DISPARITÄTEN UND DIE NOTWENDIGKEIT VON REGIONALPOLITIK

Um die vorhandenen Disparitäten in Mittel- und Osteuropa zu verstehen, ist es von Bedeutung, wie in diesen Ländern zu sozialistischer Zeit Regionalpolitik betrieben wurde. In den meisten Ländern war die "Regionalpolitik" im Wesentlichen auf das Realisieren von Plänen bezüglich bestimmter sekoraler Entwicklungsziele gerichtet, auf deren Grundlage Entscheidungen über die Standorte von Investitionen, Produktionsspezialisierung oder z.B. Wohnraumschaffung getroffen wurden. Wirtschaftliche Aspekte wurden dabei oft unzureichend berücksichtigt. Die hieraus resultierende Konzentrations- und Spezialisierungstendenz an aus wirtschaftlicher Sicht häufig weniger geeigneten Standorten führte zu einer starken regionalen Arbeitsteilung, welche die Regionen in vielen Fällen von nur einem großen Unternehmen abhängig machte und eine starke Verknüpfung von sektoraler und regionaler Politik zur Folge hatte (HALLET, 1997, S. 5; RÖMISCH, 2003, S. 192-193). Mit beginnender Transformation hatte trotz der zu beobachtenden Polarisationseffekte die nationale Sektoralpolitik in den MOEL vor Regionalpolitik im oben definierten Sinne nach wie vor Vorrang (HALLET, 1997, S. 5 und 13). Vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre stellte dieses Politikfeld keinen Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik dar. Die regionale Ebene trat als potenzieller regionalpolitischer Akteur zunächst kaum oder gar nicht in Erscheinung (HEIMPOLD, 2002, S. 170). Allgemein wurde die Etablierung einer Regionalpolitik sowohl durch die mangelnde Unterstützung der Regierung als auch durch die fehlenden bzw. schwachen regionalen und lokalen Institutionen behindert (HORVÁTH, 2000, S. 429), die im Zuge der Vorbereitungen für den EU-Beitritt jedoch langsam aufgebaut wurden (vgl. Abschnitt 4).

Die in den MOEL (ebenso wie in anderen Ländern) zu beobachtenden Unterschiede in der räumlichen Verteilung von Wirtschaftsaktivitäten, Einkommen und Lebensverhältnissen begründen allein jedoch noch nicht notwendigerweise die Anwendung von Regionalpolitik. Grundsätzlich werden staatliche Eingriffe allokations-, distributions- oder stabilitätspolitisch begründet. Aus allokationspolitischer Sicht lassen sich regionalpolitische Maßnahmen (staatliche Eingriffe in den Markt) dann rechtfertigen, wenn Marktversagen vorliegt (z.B. aufgrund der Existenz externer Effekte bzw. öffentlicher Güter oder begrenzter Faktormobilität). Auch wenn die marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismen prinzipiell funktionieren, kann aus distributionspolitischer Sicht (Gerechtigkeitsziel) Handlungsbedarf bestehen, wenn die Entlohnung der Produktionsfaktoren nach ihrem Wertgrenzprodukt zu einer gesellschaftlich unerwünschten Einkommensverteilung führt. Wann interregionale Disparitäten als gesellschaftlich unerwünscht anzusehen sind, kann nur normativ beantwortet werden und muss auf der politisch-kollektiven Ebene entschieden werden. Zum Stabilitätsziel kann Regionalpolitik beitragen, wenn sie "eine Reduzierung der konjunkturellen und strukturellen Anfälligkeit von Regionen zum Inhalt hat" (DEUTSCHER BUNDESTAG, 1994, S. 7, zit. in SCHÖN, 1997, S. 44), was in "erster Linie durch eine Auflockerung einseitiger Strukturen" (ebenda) erreicht werden soll.

Sucht man unter regionalökonomischen Theorien nach einer Rechtfertigung für Regionalpolitik, kommt insbesondere dynamischen Theorien Bedeutung zu (vgl. KRIEGER-BODEN, 1995; SCHÄTZL, 2001). Aus der neoklassischen Wachstumstheorie ergibt sich keine Notwendigkeit für staatliche Eingriffe: Eine Volkswirtschaft (oder Region) strebt demnach inhärent einem Gleichgewichtszustand zu. Haben Regionen in der Ausgangssituation unterschiedliche Einkommensniveaus, führen Faktorwanderungen zu einer konvergenten Entwicklung der Faktorentlohnung. Damit bestehen weder allokations- noch distributionspolitische Begründungen für regionalpolitische Maßnahmen. Allenfalls die Förderung ausgleichender Faktorwanderungen lässt sich mit der Neoklassik rechtfertigen. Im Gegensatz dazu folgt aus den von unvollkommenen Märkten ausgehenden Polarisationstheorien, dass sich ungleiche Ausgangsbedin-

gungen zwischen Regionen im Zeitablauf verstärken und damit zu einer zunehmenden Disparität zwischen Zentrum und Peripherie führen. Die ungleichgewichtige Entwicklung ist um so ausgeprägter, je mehr die durch das Wachstum des Zentrums ausgelösten zentripetalen Entzugseffekte, welche die Entwicklung der Peripherie schwächen, die zentrifugalen Ausbreitungseffekte überwiegen (vgl. SCHÄTZL, 2001, S. 158 f.). Regionalpolitische Maßnahmen des Staates zur Förderung der Peripherie, insbesondere durch die Förderung von "Gegenpolen", sind demnach nicht nur aus distributiven, sondern auch aus allokativen Gründen gerechtfertigt (KRIEGER-BODEN, 1995). Die neue Außenhandelstheorie erweitert die neoklassische Außenhandelstheorie um die Berücksichtigung von steigenden Skalenerträgen und unvollkommenen Märkten. Weil hieraus pfadabhängige, sich selbst verstärkende räumliche Konzentrationsprozesse resultieren (solange die steigenden Skalenerträge die mit räumlicher Konzentration zunehmenden Transportkosten überwiegen), beruht die Rückständigkeit einer Region "ausschließlich in einer zufälligen, ungünstigen Konstellation der Ausgangsbedingungen" (KRIEGER-BODEN, 1995, S. 204). Um rückständige Regionen zu günstigen Entwicklungspfaden zu verhelfen, sind wirtschaftspolitische Maßnahmen für solche Regionen mit Gerechtigkeitsargumenten begründbar. Ähnliches folgt auch aus der neuen Wachstumstheorie, bei der die unterstellte Faktorakkumulation (die von der jeweiligen Ausstattung mit Kapital, Humankapital oder Forschung und Entwicklung abhängt) und positive externe Effekte (die insbesondere in der jeweiligen Region Nutzen stiften) ebenfalls zu einer Pfadabhängigkeit führen.

Nach KRIEGER-BODEN (1995) lassen sich weder die neoklassische "Ausgleichstheorie" noch die Polarisationstheorie, die neue Außenhandels- oder die Wachstumstheorie empirisch eindeutig belegen, "und mithin auch weder die Empfehlung der ersteren zur völligen wirtschaftspolitischen Abstinenz noch die Empfehlung der letzteren zur aktiven gestaltenden Regionalpolitik" (S. 201 f.). Damit lässt sich die Frage nach der Notwendigkeit von Regionalpolitik bislang nicht eindeutig beantworten und ob man regionalpolitische Maßnahmen befürwortet oder ablehnt, hängt davon ab, von welchen theoretischen Ansätzen man eher überzeugt ist. KRIEGER-BODEN (1995) formuliert als Schlussfolgerung aus dieser Situation ein regionalpolitisches Minimalprogramm, bei dem der Staat auf möglichst nutzernaher Ebene dem Subsidiaritätsprinzip folgend öffentliche Güter bereitstellt, die Allokation aber ansonsten nicht direkt beeinflusst.

Die Struktur- und Kohäsionspolitik der Europäischen Union geht weit darüber hinaus und folgt eher den Argumenten von Pfadabhängigkeiten, Gerechtigkeit und finanzieller Solidarität der Gemeinschaft. Ihre eindeutige Priorität für regionale Konvergenz und die Entwicklung zurückgebliebener Gebiete – einschließlich ländlicher Räume – hat die Europäische Kommission erst kürzlich wieder in ihrem dritten Kohäsionsbericht deutlich gemacht (KOM, 2004a). Darin verweist sie als Begründung für das Kohäsionsziel neben dem Solidaritätsgedanken lediglich eher vage (und ohne Belege) auf den Zusammenhang zwischen bestehenden Disparitäten, dem Verlust an persönlicher wie sozialer Wohlfahrt und Realeinkommen in schwachentwickelten Regionen und deren Auswirkungen auf die gesamte, miteinander vernetzte Wirtschaft. Von der Stärkung regionaler Wettbewerbsfähigkeit profitiere die gesamte Union. Als Ursachen für fortbestehende Disparitäten gibt die Europäische Kommission strukturelle Defizite in Schlüsselfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit an. Dazu gehören unter anderem eine inadäquate Ausstattung mit Sach- und Humankapital sowie ein Mangel an Innovationskapazität und regionaler Governance (KOM, 2004a, S. xxvi). Für die Förderung der Governance als offenen, dynamischen Prozess der Entscheidungsfindung und des Regierens, in den auch viele Akteure halbstaatlicher oder privater Art einbezogen sind (nach AXT, 2000, S. 165), sind nach Ansicht der Kommission öffentlich-private Partnerschaften, Unternehmensnetzwerke sowie eine effiziente institutionelle Struktur und Kapazität der Regionalbehörden von Bedeutung. Statt traditioneller "Top-down"-Ansätze sollten offenere Strukturen eingeführt werden, die

alle relevanten Akteure der jeweiligen Region mit einbeziehen (integrativer Ansatz) und idealerweise eine langfristige politische Perspektive entwickeln (strategischer Ansatz) (KOM, 2004a, S. 58).

Dies entspricht den Annahmen von endogenen bzw. gemischt-endogen-exogenen Ansätzen ländlicher Entwicklung, die in enger Verbindung stehen mit theoretischen Modellen der lokalen bzw. regionalen Milieus – wie "industrial districts", endogenen Wachstums- oder Innovationsmodellen – und bei denen der institutionelle Kontext ökonomischer Aktivitäten und die Netzwerkanalyse eine große Rolle spielen (siehe TERLUIN, 2000). Modelle endogener Regionalentwicklung stützen sich auf die in der Region ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen, auf Kooperation sowie vorhandene Ressourcen und Fähigkeiten (MAIER et al., 2002, S. 169). Bisherige Erfahrungen zeigen, dass sie im Vergleich zu traditionellen Ansätzen der Neoklassik oder der Wachstumspole besser auf die Erfordernisse und Bedingungen der jeweiligen Region Rücksicht nehmen und höhere qualitative Wirkungen erreichen. In peripheren, benachteiligten Gebieten kann jedoch das endogene Potential an Betrieben, Qualifikationen und Institutionen zu gering sein, um nennenswerte wirtschaftliche Entwicklung auszulösen (MAIER et al., 2002, S. 195-196). Gemischt-endogen-exogene Ansätze betonen daher das Zusammenspiel zwischen lokalen *und* externen Kräften in entsprechenden Netzwerken und beziehen die Prozesse der zunehmenden Globalisierung und technologische Veränderungen des Kommunikations- und Informationssektors mit ein (LOWE et al., 1995). TERLUIN (2003) konnte durch die Methode des "pattern matching" zeigen, dass endogene bzw. gemischt-endogen-exogene Ansätze die ökonomischen Entwicklungsunterschiede in den von ihr untersuchten 18 europäischen Fallstudienregionen am besten erklären konnten. Dabei kommt der Aktivität und Kapazität lokaler Akteure (Wissen, Fähigkeiten, Verhalten), internen und externen Netzwerken sowie bottom-up-Prozessen eine entscheidende Bedeutung zu. Daneben wiesen die Fallstudien von neun Paaren führender und zurückgebliebener Regionen auch auf den Einfluss der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur, des In-Wert-Setzens landschaftlicher und kultureller Werte sowie des Managements der Verkehrsinfrastruktur hin. Andere Studien der endogenen Wachstumstheorie konzentrieren sich jeweils auf die Rolle des Humankapitals, der Ausbreitung von Innovationen oder der Infrastruktur für die regionale Entwicklung (siehe eine kurze Übersicht bei RÖMISCH, 2003, S. 196).

Bisher ist es nicht gelungen, eine geschlossene, umfassende Theorie der Regionalentwicklung zu entwerfen, die alle als relevant in Frage kommenden wachstumsdeterminierenden Faktoren in ein Modell einbindet, das als hinreichend gutes Abbild der Realität gelten könnte (KRÄTZSCHMAR, 1995, S. 20, 29 und 44). Auch den endogenen bzw. gemischt-endogen-exogenen Ansätzen fehlt es noch an theoretischer Geschlossenheit und Konsistenz (vgl. MAIER et al., 2002, S. 195). Momentan geben sie über ihre empirische Relevanz in Fallstudien hinaus keine klare systematische Antwort auf die Fragen, wie die einzelnen Begriffe Netzwerke, institutioneller Kontext, regionale Milieus und Governance exakt zu definieren und voneinander abzugrenzen sind, welche Voraussetzungen für die Schaffung erfolgreicher Netzwerke notwendig sind und welche Wirkungszusammenhänge bei der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen bestehen. Infolge dieser Grundproblematik, mit der sich die praktische Regionalpolitik konfrontiert sieht, beschränken sich die im folgenden Abschnitt erläuterten Schwerpunktbereiche ländlicher Entwicklung im Wesentlichen auf Plausibilitätsüberlegungen, ohne vollständig in ein theoretisches Modell eingebunden zu sein.

4 Regionalpolitische Maßnahmen zur Reduzierung interregionaler Disparitäten und zur Entwicklung insbesondere ländlicher Räume in der Praxis

Trotz bislang unzureichender theoretischer Untermauerung regionalpolitischer Maßnahmen ist sowohl in der Europäischen Union als auch beispielsweise in Deutschland die regionale Konvergenz und die Schaffung annähernd gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen ein politisches Ziel. Nach subjektiver Ansicht der Autoren ist eine dem Gerechtigkeitsziel der "Chancengleichheit" folgende Argumentation für regionalpolitische Maßnahmen in staatlichen Gemeinschaften gerechtfertigt. Gesellschaften stellen nicht nur ökonomische Zweckverbindungen dar, sondern soziale Systeme, in denen jeder Bürger die Möglichkeit haben sollte, in einem ausreichenden Grad am wirtschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, auch wenn er in peripheren oder ländlichen Regionen lebt. Welcher Grad der Angleichung der Lebensverhältnisse als ausreichend anzusehen ist und welche Instrumente hierfür einzusetzen sind, kann dabei nicht eindeutig beantwortet werden und muss auf der politisch-kollektiven Ebene diskutiert werden.

In Mittel- und Osteuropa sind gerade die ländlichen Räume lange vernachlässigt worden. Neben "allgemeinen" Problemen vieler ländlicher Räume der Welt haben sie zusätzlich mit den Folgen der Transformation und besonders der Umstrukturierung des Agrarsektors zu kämpfen. Auch die dezentrale Entwicklung und Umsetzung regionalpolitischer Maßnahmen "vor Ort" hat in diesen Ländern bislang noch keine Tradition. Wegen des Fehlens eines geschlossenen, allgemein anerkannten theoretischen Rahmens zur Regionalentwicklung (vgl. Kap. 3) werden die unten stehenden vier Schwerpunktbereiche zur Entwicklung ländlicher Räume in den MOEL vor allem auf einer pragmatischen Basis vorgeschlagen.

4.1 Schwerpunktbereiche für regionalpolitische Maßnahmen in den MOEL

Die *Entwicklung eines institutionellen Rahmens für eine umfassende Regionalpolitik* ist entscheidend, um Politikmaßnahmen auf einer geeigneten regionalen Ebene entwickeln und implementieren zu können. Die politische Aufmerksamkeit sollte sich in den MOEL stärker als bisher den lokalen und regionalen Institutionen sowie den lange vernachlässigten Problemen der ländlichen Räume zuwenden. Durch den Beitritt zur Europäischen Union können die Länder Mittel- und Osteuropas von den Maßnahmen der europäischen Struktur- und Regionalpolitik sowie zur Entwicklung ländlicher Räume profitieren, sind aber auch verpflichtet, dafür ein institutionelles System der räumlichen Planung und Entwicklung zu schaffen, das den EU-Standards genügt. Verwaltungen müssen in der Lage sein, regionalpolitische Förderprogramme der EU für nach NUTS-Richtlinien abgegrenzte Gebiete zu entwickeln und umzusetzen. Das umfasst auch ausreichende Kapazitäten an geschulten Personal. Um die von der EU bereitgestellten Mittel absorbieren zu können, muss aufgrund des Prinzips der Additionalität (nationale Kofinanzierung) die Haushaltspolitik der Länder darauf abgestimmt werden. Diese Kofinanzierung ist grundsätzlich begrüßenswert, um die Gefahr der Fehlallokation von Ressourcen zu verhindern. Sie könnte sich jedoch insbesondere für arme Periphergebiete als problematisch erweisen. Die Bewältigung des Institutionenaufbaus auf regionaler und lokaler Ebene zeigt sich in den traditionell meist zentralstaatlich organisierten Transformationsländern als problematisch. Das betrifft auch die Einbeziehung privater Akteure in Form der Wirtschafts- und Sozialpartner. Netzwerke müssen erst geschaffen werden (Axt, 2000; Heimpold, 2002). Nach Ansicht von Horváth (2000, S. 432) wird ein langer Dezentralisierungsprozess in Mittel- und Osteuropa zu erwarten sein. Gewisse Ausnahmen stellten Polen mit seinem schon jetzt dezentralisierten Verwaltungssystem und Ungarn mit seiner älteren regionalpolitischen Tradition dar (vgl. auch Bachtler et al., 2000).

In den ländlichen Räumen der MOEL haben die Landwirtschaft und der Ernährungssektor insbesondere bei der Beschäftigung immer noch eine herausragende Bedeutung. In Rumänien arbeiten fast drei Viertel der Arbeitskräfte ruraler Gebiete im Agrarsektor, in Litauen und Polen zwischen 45 und 50 %, in Bulgarien, Slowenien und Estland über 20 % (NETWORK, 2004, S. 67). Der *Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und des Ernährungssektors* kommt daher bei der Entwicklung ländlicher Räume ein besonderes Gewicht zu. Trotz bereits erzielter Erfolge sind – mit länderspezifischen Unterschieden – weitere Anstrengungen zur Modernisierung von Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetrieben, zur Spezialisierung und Intensivierung der Produktion, für einen verbesserten Zugang zu Krediten und funktionierende Marktmechanismen notwendig, um die Entwicklungsunterschiede zur Europäischen Union zu verringern. Nach dem Beitritt zur EU werden die meisten Landwirte in den MOEL von der Übertragung der Gemeinsamen Agrarpolitik profitieren, auch wenn die Direktzahlungen nur schrittweise an das Niveau in der EU-15 herangeführt werden. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der MOEL wird darüber hinaus nicht ohne eine Reduzierung der Beschäftigtenzahlen im Agrar- und Ernährungssektor zu erreichen sein. Dies gilt insbesondere für Rumänien, Bulgarien und Polen.

Da mittel- und langfristig die Bedeutung der Landwirtschaft in den MOEL weiter sinken wird, ist in ländlichen Räumen zunehmend die *Schaffung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen und Arbeitsplätze* entscheidend. Die Diversifizierung ländlicher Gebiete wurde auch von der zweiten Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung in Salzburg als unverzichtbar erkannt, "um lebensfähige, nachhaltige ländliche Gemeinwesen zu fördern" (KOM, 2003b). Um die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich Handwerk, Dienstleistungen und Industrie zu fördern, gehören eine "investorfreundliche" Atmosphäre (auch für ausländische Direktinvestitionen) und stabile makroökonomische Rahmenbedingungen, die Verbesserung der physischen Infrastruktur und des Humankapitals sowie auch beispielsweise die Einrichtung von Gründerzentren zu wichtigen Maßnahmen (vgl. KOLARSKA-BOBINSKA et al., 2002). Auch Anreizinstrumente wie Kreditbeihilfen oder Steuererleichterungen können die Entwicklung bestimmter Regionen fördern, jedoch muss die Effizienz solcher Maßnahmen und deren inhaltliche Begründung sorgfältig geprüft werden. Eine Anpassung der konkreten Maßnahmen an die jeweiligen Regionen ist für den Erfolg ebenso unerlässlich wie die Einbeziehung lokaler Akteure vor Ort. Dies entspricht den Forderungen der Vertreter eines endogen bzw. gemischt-endogen-exogen orientierten Entwicklungsansatzes (vgl. Kap. 3). Bei der Entwicklung von Ideen ist außerdem stets zu berücksichtigen, dass es nicht *eine* Lösung für die komplexen sozio-ökonomischen Situationen der ländlichen Räume gibt, sondern immer nur Alternativen für Teile der Gebiete bzw. Einwohner. Nahezu alle MOEL hoffen, dass insbesondere der Tourismus einen wichtigen Beitrag bei der Schaffung von Einkommensalternativen in ländlichen Räumen leisten wird (NETWORK, 2004). Für die meisten Regionen dürfte dieser Beitrag jedoch eher gering bleiben, da der Tourismus ein globaler, stark vom Wettbewerb bestimmter Markt ist. Der Ausbau der notwendigen Basisinfrastruktur wird zudem häufig durch einen Mangel an Kapital in den betreffenden Regionen behindert. Es ist anzunehmen, dass nur einige Regionen mit besonders günstigen Bedingungen – wie beispielsweise Ostseeküstenregionen oder Masuren in Polen – einen nennenswerten Fremdenverkehrssektor aufbauen können.

Trotz zahlreicher Entwicklungsmaßnahmen ist in vielen Gebieten zu erwarten, dass die Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze nicht ausreichen wird, um all jene aufzunehmen, die den Landwirtschaftssektor verlassen (FDPA, 2002, S. 96). Daher ist die *Erleichterung von Pendlerbewegungen und Migration* durchaus sinnvoll. Das Pendeln zum Arbeitsplatz ist eine lang etablierte und wachsende Praxis in den MOEL. Annähernd bis zu 50 % der ländlichen Arbeitskräfte pendeln in städtische Gebiete – in vielen Fällen täglich, aber auch wöchentlich

über weite Entfernungen. Es handelt sich dabei vorwiegend um junge Männer, die häufig öffentliche Verkehrsmittel benutzen, was die Bedeutung einer guten Verkehrsinfrastruktur unterstreicht (NETWORK, 2004). Die Förderung von Migration kann auch eine mögliche Strategie darstellen, obwohl sie häufig eher als Gefahr angesehen wird, die der ländlichen Entwicklung entgegenwirkt. Die derzeitige geographische Verteilung der Bevölkerung beispielsweise in Polen ist jedoch "far from being the end point of the transition process. In essence, more people live in remote, rural locations than their local economies are capable of supporting" (FDPA, 2002, S. 100).

Regional- und strukturpolitische Maßnahmen sollten immer den spezifischen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken der jeweiligen Regionen angepasst sein. Eine Typisierung der NUTS-3-Regionen in den MOEL, die für die typengerechte Ausarbeitung von Leitlinien Hinweise geben kann, ist am Ende des Abschnitts 2.1 vorgestellt worden. Aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit für alle zehn mittel- und osteuropäischen Länder in der Eurostat Regiodatenbank bleibt diese Analyse für die Ableitung konkreter, differenzierter Politikempfehlungen jedoch auf einer zu wenig detaillierten Ebene. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es sinnvoll, weitere aufbauende Analysen mit einem erweiterten Variablensatz für einzelne Länder oder Ländergruppen auf einer weniger aggregierten regionalen Ebene durchzuführen, in der die einzelnen Gebiete eine größere interne Homogenität aufweisen.

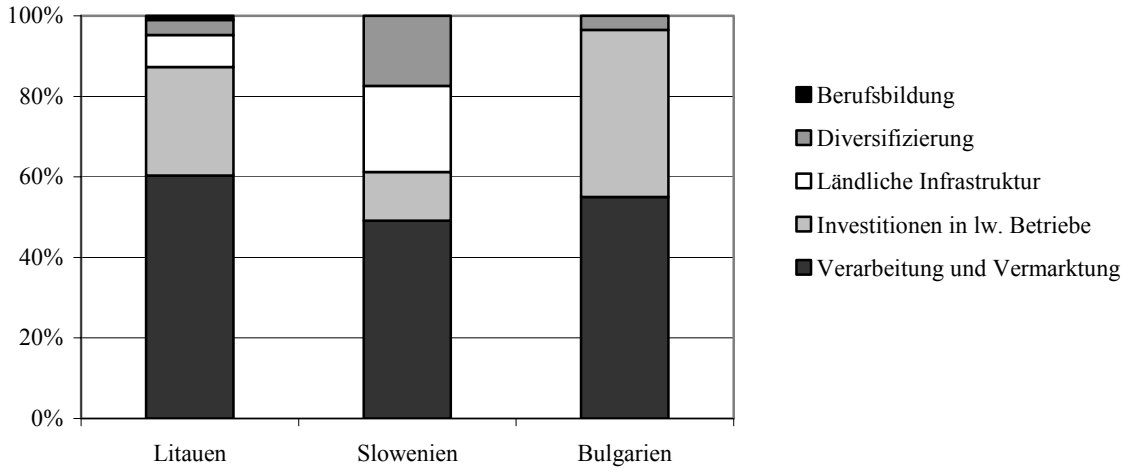
4.2 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen im Zuge des EU-Beitritts

Die derzeitigen regionalpolitischen Maßnahmen in den MOEL sind stark von der Vorbereitung auf den EU-Beitritt und der Einführung der EU-Strukturpolitik bzw. der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik geprägt. Um die zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer beim Aufbau von Institutionen und Kapazitäten sowie der Einführung von Standards, Verordnungen und regionalpolitischen Maßnahmen zu unterstützen, wurden ihnen von der EU für den Zeitraum 2000-2006 im Rahmen der drei Vorbeitrittshilfen PHARE, ISPA und SAPARD 22 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Nach dem Beitritt im Mai 2004 werden diese Hilfen in den betreffenden acht Ländern schrittweise auslaufen, während die "normalen" Finanzmittel der Strukturfonds stufenweise eingeführt werden (BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN, 2002; HEIDENREICH, 2003).

Insbesondere das Instrument für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes SAPARD bietet den MOEL wertvolle Erfahrungen beim Einsatz struktur- und regionalpolitischer Mechanismen der EU, da es dezentral verwaltet wird. Unter den verschiedenen Maßnahmen der SAPARD-Pläne dominieren im Durchschnitt aller Länder (jedoch mit länderspezifischen Gewichtungen) die Förderung von "Verarbeitung und Vermarktung von Agrar- und Fischereierzeugnissen" (durchschnittlich 26 % der indikativen Mittel), "Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben" (22 %) und "ländliche Infrastruktur" (21 %). Dieses Bild deckt sich mit der Einschätzung der Länderexperten des "Network of Independent Agricultural experts in the CEE Candidate Countries", welche die Einhaltung der EU-Standards, die Förderung von Vermarktung und Verarbeitung sowie Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben aufgrund des Nachholbedarfs als Maßnahmenbereiche mit höchster Relevanz für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum ansehen (NETWORK, 2004). Eher geringe Mittelanteile sind in den SAPARD-Plänen für die "Diversifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten und Einkommensalternativen" (11 %), "Berufsbildung" (3 %), "Strukturen für Qualitäts-, Veterinär- und Pflanzenschutzkontrollen, Lebensmittelqualität und Verbraucherschutz", "Gründung von Erzeugervereinigungen" sowie "Bodenmelioration und Flurbereinigung" (jeweils 1 %) vorgesehen (KOM, 2001 und 2003a), welchen vor dem Hintergrund einer nachhaltigen, marktorientierten Förderung der Landwirtschaft und ländlicher Räume insgesamt eine stärke-

re Priorität hätte eingeräumt werden können. Bei den genannten Anteilen handelt es sich um die Festlegungen in den SAPARD-Programmen der Länder und nicht um die prozentuale Aufteilung der tatsächlich genehmigten Projekte oder ausgezahlten Gelder. Diese konzentrieren sich noch viel stärker auf die Maßnahmen zur Förderung von Vermarktung und Investitionen, da dies in der Regel die ersten Maßnahmenbereiche waren, die eine Akkreditierung erhielten, und sie höhere finanzielle Mittel pro Projekt erfordern als beispielsweise die berufsbildenden Maßnahmen (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Aufteilung der genehmigten Finanzmittel im Jahr 2002 auf die einzelnen SAPARD-Maßnahmen in ausgewählten Ländern (in %)



Quelle: KOM (2003a).

Durch die spät erfolgte Akkreditierung der SAPARD-Stellen (in fünf Ländern erst 2002 erfolgt) sind die Programme erst verspätet zur Anwendung gekommen. Daher konnten die zur Verfügung gestellten Geldmittel bisher nur teilweise ausgezahlt werden und die Länder vor dem Beitritt nicht so viel Erfahrung bei der Implementierung von Förderprogrammen sammeln, wie man ursprünglich erhofft hatte. Die geringe Anzahl eingereichter und genehmigter Projekte und damit einhergehend eine ungenügende Absorption der Mittel resultierte auch aus dem Kapitalmangel sowie fehlenden Informationen und Erfahrungen auf Seiten der potenziellen Antragsteller sowie den als zu kurz angesehenen Laufzeiten. Die Inanspruchnahme der Gelder hat jedoch im Laufe der Zeit zugenommen, sobald der Prozess der Akkreditierung der Verwaltungsagenturen abgeschlossen war.

Nach dem Beitritt im Mai 2004 stellt die EU den zehn neuen Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2004-2006 insgesamt 5,76 Mrd. EUR aus dem EAGFL-Garantie für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung. In Ziel-1-Gebieten (alle Gebiete außer Zypern, Prag und Bratislava) werden darüber hinaus Maßnahmen der ländlichen Entwicklung auch aus den Strukturfonds (EAGFL-Ausrichtung) finanziert (KOM, 2004b), die in der Periode 2004-2006 für diese Länder mit insgesamt 7,3 Mrd. EUR pro Jahr ausgestattet sind. Die meisten neuen Mitgliedstaaten stellen in ihren nationalen Entwicklungsplänen für diese Periode Handlungsbedarf in einer großen Zahl von verschiedenen Bereichen fest und zeigen nach Ansicht der Europäischen Kommission zu wenig eindeutige Schwerpunkte und eine strategische Sichtweise, was erfahrungsgemäß die Nachhaltigkeit und Auswirkungen der Pläne beeinträchtigen wird. Auch die administrativen Kapazitäten bereiten der Kommission nach wie vor Sorge (KOM, 2004a, S. 171-172).

5 SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die ländlichen Räume sind in den mittel- und osteuropäischen Ländern lange vernachlässigt worden. Neben "allgemeinen" Problemen vieler ländlicher Räume haben sie zusätzlich mit den Folgen der Transformation und besonders der Umstrukturierung des Agrarsektors zu kämpfen. Seit Beginn der 1990er Jahre sind vor allem die großen Städte die Gewinner der Transformation gewesen und die Disparitäten zwischen städtischen und ländlichen Räumen haben sich vergrößert. Der EU-Beitritt bedeutet eine große Chance für die ländlichen Räume der MOEL. Die ökonomische Situation der meisten Landwirte wird sich durch die Einführung der Gemeinsamen Agrarpolitik grundsätzlich verbessern, auch wenn die Direktzahlungen nur schrittweise an das Niveau in der EU-15 herangeführt werden und die für deren Berechnung wichtigen Referenzerträge gering sind. Mit der Einführung struktur- und regionalpolitischer EU-Maßnahmen wird eine Stärkung der regionalen Ebene und Bewusstseinsbildung in den Ländern erreicht. Für ländliche Entwicklungsmaßnahmen stehen neue finanzielle Mittel aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds zur Verfügung. Jedoch besteht die Gefahr, dass periphere Regionen ohne ausreichende Vorbereitung nicht in der Lage sein werden, diese Mittel (die kofinanziert werden müssen) vollständig aufzunehmen. Der Aufbau der für eine erfolgreiche Umsetzung regional- und strukturpolitischer Maßnahmen notwendigen Institutionen, Kapazitäten und lokaler wie regionaler Governance bleibt die größte Herausforderung.

LITERATURVERZEICHNIS

AXT, H.-J. (2000): EU-Strukturpolitik. Einführung in die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, Opladen.

BACKHAUS, K., ERICHSON, B., PLINKE, W., WEIBER, R. (2000): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Neunte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin, Heidelberg, New York.

BACHTLER, J., DOWNES, R., GORZELAK, G. (Hrsg.) (2000): Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe, Aldershot, Burlington.

BAUM, S., WEINGARTEN, P. (2003): Typisierung ländlicher Räume in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Vortrag, gehalten auf der internationalen Agrarfachtagung "Die Landwirtschaft Südosteuropas auf dem Weg in die Europäische Union: Perspektiven und Probleme" organisiert von der Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit dem IfL und IAMO, 16. bis 18. Okt., Leipzig.

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (2002): Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Kopenhagen) 12. und 13. Dezember 2002, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage 15960/Schlussfolgerungen-Kopenhagen.pdf>.

ECKEY, H.-F., KOSFELD, R., RENGERS, M. (2002): Multivariate Statistik. Grundlagen – Methoden – Beispiele, Wiesbaden.

EUROPÄISCHE UNION (2002): Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 325*, 24.12.2002.

[FDPA] FOUNDATION FOR THE DEVELOPMENT OF POLISH AGRICULTURE (2002): Rural Poland, Rural Development Report 2002, Warschau.

HALLET, M. (1997): National and Regional Development in Central and Eastern Europe: Implications for EU Structural Assistance, *Economic Papers Nr. 120*, Brüssel.

HEIDENREICH, A.M. (2003): Vorbeitrittshilfen: Übergang zu Strukturfonds für die Beitrittsländer, in: DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG DIHK BRÜSSEL (Hrsg.): DIHK-Bericht aus Brüssel 28/2003, S. 3, <http://www.dihk.de/inhalt/themen/international_neu/europa/babarchiv/BAB282003.pdf>.

HEIMPOLD, G. (2002): Regionalpolitische Institutionen der mittel- und osteuropäischen Länder: fit für die Aufnahme in die EU?, *Wirtschaft im Wandel 8, H. 6*, S. 167-175.

HORVÁTH, G. (2000): Regional Policy Effects of the Transition in East Central Europe, *Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8*, S. 427-433.

KOLARSKA-BOBINSKA, L., ROSNER, A., WILKIN, J. (2002): The Future of Rural Areas in Poland. Paper Presented as a Background Paper in a Meeting of the Working Group on "The Future Role of Agriculture in Europe: Food Production versus Environmental Responsibility" of the Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover, <www.arl-net.de/west_european_working_group/agriculture/wilkin_etal.pdf>.

[KOM] EUROPÄISCHE KOMMISSION, GENERALDIREKTION LANDWIRTSCHAFT (GD VI) (1997): CAP 2000 Arbeitspapier Entwicklung des ländlichen Raums, Juli 1997, <europa.eu.int/comm/agriculture/publi/pac2000/rd/rd_de.pdf>.

[KOM] KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2001): SAPARD-Jahresbericht – Jahr 2000, Brüssel.

[KOM] EUROPÄISCHE KOMMISSION (2002): Portrait der Wirtschaft der Europäischen Union 2002, Themenkreis 2: Wirtschaft und Finanzen, Luxemburg.

[KOM] KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2003a): SAPARD-Jahresbericht – Jahr 2002, Brüssel.

[KOM] EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003b): Schlussfolgerungen der zweiten Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung in Salzburg, Pressemitteilung vom 21. November 2003, Brüssel, <http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=MEMO/03/236|0|RAPID&lg=DE&display=>.

[KOM] EUROPEAN COMMISSION (2004a): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion – Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation, Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Brüssel.

[KOM] EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004b): Erweiterung und Landwirtschaft: EU stellt 5,76 Mrd. EUR für die Entwicklung des ländlichen Raums in den neuen Mitgliedstaaten bereit, Pressemitteilung vom 14. Jan. 2004, Brüssel, <http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/04/45|0|RAPID&lg=DE&display=>.

KRÄTZSCHMAR, S. (1995): Theorie und Empirie der Regionalpolitik, *Bayreuther Beiträge zur Volkswirtschaftslehre, 17*, Wilfer, Fuchsstadt.

KRIEGER-BODEN, C. (1995): Neue Argumente für Regionalpolitik? Zur Fundierung der Regionalpolitik in älteren und neueren regionalökonomischen Theorien, *Die Weltwirtschaft, H. 2*, S. 193-215.

LOWE, P., MURDOCH, J., WARD, N. (1995): Networks in Rural Development Beyond Exogenous and Endogenous Models, in: PLOEG, J.D., VAN DER, DIJK, G., VAN (Hrsg.): Beyond Modernisation: The Impact of Endogenous Rural Development, Van Gorcum, Assen, S. 87-106.

MAIER, G., TÖDTLING, F. (2002): Regional- und Stadtökonomik 2: Regionalentwicklung und Regionalpolitik, 2. erweiterte Auflage, Wien, New York.

[NETWORK] NETWORK OF INDEPENDENT AGRICULTURAL EXPERTS IN THE CEE CANDIDATE COUNTRIES (2004): The Future of Rural Areas in the Candidate Countries, Halle (Saale), <http://europa.eu.int/comm/agriculture/publi/reports/ccrurdev/index_en.htm>.

RÖMISCH, R. (2003): Regional Disparities within Accession Countries, in: TUMPEL-GUGERELL, G., MOOSLECHNER, P. (Hrsg.): Economic Convergence and Divergence in Europe: Growth and Regional Development in an Enlarged European Union, Cheltenham, Northhampton, S. 183-208.

SCHÄTZL, L. (2001): Wirtschaftsgeographie 1: Theorie, 8. Auflage, Paderborn.

SCHÖN, H. (1997): Regionalpolitische Konzepte und Strukturwandel ländlicher Räume: eine Analyse am Beispiel des oberen Altmühltals, *Volkswirtschaftliche Schriften 472*, Berlin.

TERLUIN, I.J. (2003): Differences in Economic Development in Rural Regions of Advanced Countries: An Overview and Critical Analysis of Theories, *Journal of Rural Studies, Vol. 19*, S. 327-344.

TERLUIN, I.J. (2000): Theoretical and Methodological Framework, in: TERLUIN, I.J., POST, J.H. (Hrsg.): Employment Dynamics in Rural Europe, Wallingford, New York, S. 17-37.

WEINGARTEN, P., BAUM, S. (2003): Current Situation and Future Prospects of Rural Areas in the Central and East European Candidate Countries, Vortrag, gehalten auf der 13. Jahrestagung der Slowenischen Gesellschaft für Agrarökonomie und der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie "Europäische Integration – Chancen und Risiken für den ländlichen Raum", 18. bis 20. Sept., Ljubljana/Slowenien.

DISCUSSION PAPERS
DES INSTITUTS FÜR AGRARENTWICKLUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA (IAMO)

DISCUSSION PAPERS
OF THE INSTITUTE OF AGRICULTURAL DEVELOPMENT
IN CENTRAL AND EASTERN EUROPE (IAMO)

No. 1 FROHBERG, K., HARTMANN, M. (1997):
Promoting CEA Agricultural Exports through Association Agreements with the EU – Why is it not working?

No. 2 FROHBERG, K., HARTMANN, M. (1997):
Comparing Measures of Competitiveness: Examples for Agriculture in the Central European Associates

No. 3 POGANIETZ, W.R., GLAUCH, L. (1997):
Migration durch EU-Integration? Folgen für den ländlichen Raum

No. 4 WEINGARTEN, P. (1997):
Agri-Environmental Policy in Germany – Soil and Water Conversation –

No. 5 KOPSIDIS, M. (1997):
Marktintegration und landwirtschaftliche Entwicklung: Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte und Entwicklungsökonomie für den russischen Getreidemarkt im Transformationsprozeß

No. 6 PIENIADZ, A. (1997):
Der Transformationsprozeß in der polnischen Ernährungsindustrie von 1989 bis 1995

No. 7 POGANIETZ, W.R. (1997):
Vermindern Transferzahlungen den Konflikt zwischen Gewinnern und Verlierern in einer sich transformierenden Volkswirtschaft?

No. 8 EPSTEIN, D.B., SIEMER, J. (1998):
Difficulties in the Privatization and Reorganization of the Agricultural Enterprises in Russia

No. 9 GIRGZDIENE, V., HARTMANN, M., KUODYS, A., RUDOLPH, D., VAIKUTIS, V., WANDEL, J. (1998):
Restructuring the Lithuanian Food Industry: Problems and Perspectives

No. 10 JASJKO, D., HARTMANN, M., KOPSIDIS, M., MIGLAVS, A., WANDEL, J. (1998):
Restructuring the Latvian Food Industry: Problems and Perspectives

No. 11 SCHULZE, E., NETZBAND, C. (1998):
Ergebnisse eines Vergleichs von Rechtsformen landwirtschaftlicher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa

No. 12 BERGSCHMIDT, A., HARTMANN, M. (1998):
Agricultural Trade Policies and Trade Relations in Transition Economies

No. 13 ELSNER, K., HARTMANN, M. (1998):
Convergence of Food Consumption Patterns between Eastern and Western Europe

No. 14 FOCK, A., VON LEDEBUR, O. (1998):
Struktur und Potentiale des Agraraußenhandels Mittel- und Osteuropas

No. 15 ADLER, J. (1998):
Analyse der ökonomischen Situation von Milchproduktionsunternehmen im Oblast Burgas, Bulgarien

No. 16 PIENIADZ, A., RUDOLPH, D.W., WANDEL, J. (1998):
Analyse der Wettbewerbsprozesse in der polnischen Fleischindustrie seit Transformationsbeginn

No. 17 SHVYTOV, I. (1998):
Agriculturally Induced Environmental Problems in Russia

No. 18 SCHULZE, E., TILLACK, P., DOLUD, O., BUKIN, S. (1999):
Eigentumsverhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe und Unternehmen in Rußland und in der Ukraine – Befragungsergebnisse aus den Regionen Nowosibirsk und Shitomir

No. 19 PANAYOTOVA, M., ADLER, J. (1999):
Development and Future Perspectives for Bulgarian Raw Milk Production towards EU Quality Standards

No. 20 WILDERMUTH, A. (1999):
What Kind of Crop Insurance for Russia?

No. 21 GIRGZDIENE, V., HARTMANN, M., KUODYS, A., VAIKUTIS, V., WANDEL, J. (1999):
Industrial Organisation of the Food Industry in Lithuania: Results of an Expert Survey in the Dairy and Sugar Branch

No. 22 JASJKO, D., HARTMANN, M., MIGLAVS, A., WANDEL, J. (1999):
Industrial Organisation of the Food Industry in Latvia: Results of an Expert Survey in the Dairy and Milling Branches

No. 23 ELSNER, K. (1999):
Analysing Russian Food Expenditure Using Micro-Data

No. 24 PETRICK, M., DITGES, C.M. (2000):
Risk in Agriculture as Impediment to Rural Lending – The Case of Northwestern Kazakhstan

No. 25 POGANIETZ, W.R. (2000):
Russian Agri-Food Sector: 16 Months After the Breakdown of the Monetary System

No. 26 WEBER, G., WAHL, O., MEINLSCHMIDT, E. (2000):
Auswirkungen einer EU-Osterweiterung im Bereich der Agrarpolitik auf den EU-Haushalt
(steht nicht mehr zur Verfügung – aktualisierte Version DP 42)

No. 27 WAHL, O., WEBER, G., FROHBERG, K. (2000):
Documentation of the Central and Eastern European Countries Agricultural Simulation Model (CEEC-ASIM Version 1.0)

No. 28 PETRICK, M. (2000):
Land Reform in Moldova: How Viable are Emerging Peasant Farms? An assessment referring to a recent World Bank study

No. 29 WEINGARTEN, P. (2000):
Buchbesprechung: BECKMANN, V. (2000): Transaktionskosten und institutionelle Wahl in der Landwirtschaft: Zwischen Markt, Hierarchie und Kooperation

No. 30 BROSIG, S. (2000):
A Model of Household Type Specific Food Demand Behaviour in Hungary

No. 31 UVAROVSKY, V., VOIGT, P. (2000):
Russia's Agriculture: Eight Years in Transition – Convergence or Divergence of Regional Efficiency

No. 32 SCHULZE, E., TILLACK, P., GERASIN, S. (2001):
Eigentumsverhältnisse, Rentabilität und Schulden landwirtschaftlicher Großbetriebe im Gebiet Wolgograd

No. 33 KIELYTE, J. (2001):
Strukturwandel im baltischen Lebensmittelhandel

No. 34 Шульце, Э., Тиллак, П., Герасин, С. (2001):
Отношения собственности, рентабельность и долги крупных сельскохозяйственных предприятий в Волгоградской области

No. 35 HARTMANN, M., FROHBERG, K. (2001):
Konsequenzen der Integration im Agrar- und Ernährungssektor zwischen Beitrittsländern und der EU-15

No. 36 PETRICK, M. (2001):
Documentation of the Poland farm survey 2000

No. 37 PETRICK, M., SPYCHALSKI, G., ŚWITŁYK, M., TYRAN, E. (2001):
Poland's Agriculture: Serious Competitor or Europe's Poorhouse? Survey results on farm performance in selected Polish voivodships and a comparison with German farms

No. 38 HOCKMANN, H., KASHTANOVA, E., KOWSCHIK, S. (2002):
Lage und Entwicklungsprobleme der weißrussischen Fleischwirtschaft

No. 39 SCHULZE, E., TILLACK, P., PATLASSOV, O. (2002):
Einflussfaktoren auf Gewinn und Rentabilität landwirtschaftlicher Großbetriebe im Gebiet Omsk, Russland

No. 40 ШУЛЬЦЕ, Э., ТИЛЛАК, П., ПАТЛАССОВ, О. (2002):
Факторы, влияющие на прибыль и рентабельность крупных сельскохозяйственных предприятий в Омской области в России

No. 41 BAVOROVÁ, M. (2002):
Entwicklung des tschechischen Zuckersektors seit 1989

No. 42 FROHBERG, K., WEBER, G. (2002):
Auswirkungen der EU-Osterweiterung im Agrarbereich

No. 43 PETRICK, M. (2002):
Farm investment, credit rationing, and public credit policy in Poland
– A microeconometric analysis –

No. 44 KEDAITIENE, A., HOCKMANN, H. (2002):
Milk and milk processing industry in Lithuania: An analysis of horizontal and vertical integration

No. 45 PETRICK, M. (2003):
Empirical measurement of credit rationing in agriculture: a methodological survey

No. 46 PETRICK, M., LATRUFFE, L. (2003):
Credit access and borrowing costs in Poland's agricultural credit market: a hedonic pricing approach

No. 47 PETRICK, M., BALMANN, A., LISSITSA, A. (2003):
Beiträge des Doktorandenworkshops zur Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa 2003

No. 48 SCHULZE, E., TILLACK, P., MOSASHWILI, N. (2003):
Zur wirtschaftlichen Situation georgischer Landwirtschaftsbetriebe

No. 49 ЛИССИТСА, А., БАБИЧЕВА, Т. (2003):
Теоретические основы анализа продуктивности и эффективности сельскохозяйственных предприятий

No. 50 ЛИССИТСА, А., БАБИЧЕВА, Т. (2003):
Анализ Оболочки Данных (DEA) – современная методика определения эффективности производства

No. 51 ЛИССИТСА, А., ОДЕНИНГ, М., БАБИЧЕВА, Т. (2003):
10 лет экономических преобразований в сельском хозяйстве Украины – Анализ эффективности и продуктивности предприятий

No. 52 LISSITSA, A., STANGE, H. (2003):
Russischer Agrarsektor im Aufschwung? Eine Analyse der technischen und Skalen-Effizienz der Agrarunternehmen

No. 53 VALENTINOV, V. (2003):
Social capital, transition in agriculture, and economic organisation: a theoretical perspective

No. 54 BORKOWSKI, A. (2003):
Machtverteilung im Ministerrat nach dem Vertrag von Nizza und den Konventsvorschlägen in einer erweiterten Europäischen Union

No. 55 KISS, P., WEINGARTEN, P. (2003):
Cost of compliance with the acquis communautaire in the Hungarian dairy sector

No. 56 WEINGARTEN, P., FROHBERG, K., WINTER, E., SCHREIBER, C. (2003):
Quantitative Analysis of the Impacts of Croatia's Agricultural Trade Policy on the Agri-food Sector

No. 57 БОКУШЕВА, Р., ХАЙДЕЛЬБАХ, О. (2004):
Актуальные аспекты страхования в сельском хозяйстве

No. 58 DERLITZKI, R., SCHULZE, E. (2004):
Georg Max Ludwig Derlitzki (1889-1958)

No. 59 VŐNEKI, E. (2004):
Zur Bewertung des Ungarischen SAPARD-Programms unter besonderer Berücksichtigung der Investitionen im Milchsektor

No. 60 ЧИМПОЕШ, Д., ШУЛЬЦЕ, Э. (2004):
Основные экономические проблемы сельского хозяйства Молдовы

No. 61 BAUM, S, WEINGARTEN, P. (2004):
Interregionale Disparitäten und Entwicklung ländlicher Räume als regionalpolitische Herausforderung für die neuen EU-Mitgliedstaaten

Die Discussion Papers sind erhältlich beim Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) oder im Internet unter http://www.iamo.de.

The Discussion Papers can be ordered from the Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe (IAMO). Use our download facility at http://www.iamo.de.